



Remscheid, 20. April 2012

## Pressemitteilung

# Keine Änderung ohne Kompensation

### Fraktionen von SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen stellen erste Änderungen am Haushaltssanierungsplan der Stadt Remscheid vor

Die Fraktionen von SPD, FDP und Grünen dokumentieren mit ihrer schnellen Reaktion auf die Vorlage zum Haushaltssanierungsplan den politischen Willen, keine Änderungen ohne einen Kompensationsvorschlag zuzulassen. Aus diesem Grund werden in einem ersten Schritt weitere Stellenstreichungen aus der bisher nicht berücksichtigten außerordentlichen Fluktuation herangezogen. Im Zeitraum bis 2021 fallen demnach weitere 60 Vollzeitäquivalente mit einem kumulierten Volumen von 16,5 Mio. Euro weg (siehe auch beiliegende tabellarische Aufstellung). Diese Summe kompensiert den bereits in der Öffentlichkeit dargestellten Verzicht auf eine Erhöhung der Elternbeiträge für OGGS und Kindertageseinrichtungen sowie die Einführung einer Pferdesteuer. Ein Teil der Summe kann zudem für die zu erwirtschaftenden Lohn- und Gehaltserhöhungen aufgrund des jüngst abgeschlossenen Tarifvertrages verwendet werden.

Die Fraktionen von SPD, FDP und Grünen werden zudem weitere Ergebnisverbesserungen verfolgen, um auch die noch bestehende Lücke im Entwurf des Haushaltssanierungsplans zu schließen. Nur mit einem genehmigten Haushaltssanierungsplan und der damit verbundenen Möglichkeit, einen eigenen genehmigten Haushalt für das kommende Jahr aufzustellen, kehrt die kommunale Selbstständigkeit nach Remscheid zurück. Wichtige Infrastrukturprojekte, wie die Erschließung von Gewerbeflächen, die Umsetzung der Neuen Mitte Honsberg, der Neu- und Ausbau von Schulen und die Fortsetzung des U3 Ausbaus werden möglich.

Die Diskussion um die weiteren Punkte des Haushaltssanierungsplans ist zum jetzigen Zeitpunkt für die Fraktionen noch nicht beendet sondern hat mit den fraktionsinternen Beratungen in dieser Woche erst begonnen. Die Gestaltungsmehrheit verpflichtet sich dabei weiterhin dem Grundsatz: Wer etwas Anderes möchte, der muss einen Kompensationsvorschlag erbringen. Abschließend erwarten die Fraktionen von SPD, FDP und Grünen zum Haushaltssanierungsplan auch beschlussreife Vorlagen über die noch offenen Punkte aus dem Haushaltssicherungskonzept 2010. Ein Arbeitsauftrag an die Stadtverwaltung wird daher die Auflistung aller noch nicht abgearbeiteten Maßnahmen und Prüfaufträge sowie entsprechende Umsetzungsvorschläge zur Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 31. Mai 2012 enthalten. Die drei Fraktionen fordern dabei insbesondere ein Flächennutzungskonzept mit dem Ziel, angemietete Räumlichkeiten aufzugeben, ein.

\*\*\*

**SPD**  
Ratsfraktion Remscheid  
Elberfelder Straße 39  
42853 Remscheid

**Fraktionsvorsitzender**  
Hans Peter Meinecke

**FDP**  
Ratsfraktion Remscheid  
Alleestraße 108  
42853 Remscheid

**Fraktionsvorsitzender**  
Wolf Lüttinger

**Bündnis'90/DIE GRÜNEN**  
Ratsfraktion Remscheid  
Konrad-Adenauer-Straße 21  
42853 Remscheid

**Fraktionssprecherin**  
Beatrice Schlieper

# Kompensationsvorschlag für den Wegfall der Pferdesteuer und Kindergartengebühr

## Maßnahme 27 Anhebung der Beiträge um 10€ für die Teilnahme an außerunterrichtlichen Angeboten offener Ganztagschulen im Primarbereich

### Inanspruchnahme von Kindertagespflege oder einer Kindertageseinrichtung

Jährlicher Konsolidierungsbeitrag ab	2014	470.000,-
	2013	195.000,-
Gesamt ohne Zinersparnis bis 2016		1.600.000,-
Gesamt ohne Zinersparnis bis 2021		3.955.000,-

## Maßnahme 38 Einführung der Pferdesteuer

Jährlicher Konsolidierungsbeitrag ab	2013	262.250,-
Gesamt ohne Zinersparnis bis 2016		1.048.000,-
Gesamt ohne Zinersparnis bis 2021		2.360.250,-

Wegfall Konsolidierung 2016 **732.250,-**

Wegfall Konsolidierung 2021 **732.250,-**

Wegfall Gesamt ohne Zinersparnis bis 2016 **2.648.000,-**

Wegfall Gesamt ohne Zinersparnis bis 2021 **6.315.000,-**

## Abbau von 60 weiteren Stellen bis 2021 (zusätzlich zu den beschlossenen 262 Stellen aus 2010)

Jährlich durchschnittliche außerordentliche Fluktuation seit 2007	33 Stellen
Davon etwa Fluktuation im Kita-Bereich (+Feuerwehr)	17 Stellen
Ergibt im Bereich der restlichen Verwaltung zur Wiederbesetzung etwa	16 Stellen

### **Durchführung**

Einführung der Wiederbesetzungssperre von 9 Monaten jährlich bis zu 50.000,- (Puffer)

Wegfall von durchschnittlich 6 Stellen jährlich ab 2012 (60 Stellen bis 2021) 300.000,-

Konsolidierung 2016 **1.500.000,-**

Konsolidierung 2021 **3.000.000,-**

Gesamt ohne Zinersparnis bis 2016 **4.500.000,-**

Gesamt ohne Zinersparnis bis 2021 **16.500.000,-**

Rechnung ohne tarifliche Gehaltssteigerungen (2 Mio. 2012, plus weitere 1,2 Mio. ab 2013; weiterhin wurde die neue tarifvertragliche Urlaubsregelung noch nicht berücksichtigt)